

**Das Dilemma
der SPD
in der Außen-
und Sicherheits-
politik**

Historische Irrtümer der SPD

Bereits in den Zeiten der jungen Bundesrepublik stellte die SPD ihre Begabung unter Beweis, den grundsätzlich falschen außenpolitischen Weg zu wählen: In den 50er Jahren wurden die von Konrad Adenauer durchgesetzte Westbindung und die Mitgliedschaft in der NATO von der SPD ebenso radikal abgelehnt wie die Wiederbewaffnung und die Aufstellung der Bundeswehr. Die SPD setzte damals auf ein neutrales Deutschland ohne eigene Armee. Abgesehen davon, daß eine Nation von 80 Millionen Menschen nicht mit den kleinen neutralen Staaten in Europa zu vergleichen ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit zwischen dem Westen und dem Ostblock aufgerieben worden wäre, hat der weitere Gang der Geschichte die SPD klar widerlegt.

Genauso verhielt es sich Anfang der 80er Jahre, als der von der eigenen Partei im Stich gelassene SPD-Kanzler Schmidt den NATO-Doppelbeschluß gegen die eigene Basis durchsetzen wollte. Heute wissen wir, daß die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses durch die Regierung Kohl im Jahr 1983 den Anfang vom Ende des Ost-West-Gegensatzes markierte. Die damals bewiesene Stärke und Geschlossenheit des Westens erzwang eine grundlegende Änderung der sowjetischen Politik und öffnete letztendlich das Tor für Glasnost, Perestroika und das „Neue Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik unter Michail Gorbatschow.

Es war der heutige Vorsitzende der SPD, der zu Beginn der 80er Jahre das Ausscheiden Deutschlands aus dem Atlantischen Bündnis forderte und der die Gewerkschaften für den Fall der NATO-Nachrüstung zum Generalstreik aufrief. Mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages 1986 hatte sich die SPD insgesamt politisch aus dem Atlantischen Bündnis verabschiedet. Im Weltbild führender Sozialdemokraten galten die USA und die NATO als Kriegstreiber und die Sowjetunion als Entspannungspartner. Der französische Sozialist François Mitterrand sah sich genötigt, die deutsche Sozialdemokratie öffentlich vor einem außenpolitischen Kurs zu warnen, der unser Land in die internationale Isolation geführt hätte.

Realitätsfremde Vorstellungen der SPD zur Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes blieben die meisten Experten vorsichtig in ihrer Einschätzung über die sicherheitspolitische Lage in Europa und der Welt. Die SPD dagegen zögerte nicht lange, die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland neu zu definieren. Bereits im Wahlprogramm vom 28. September 1990, nur 11 Monate nach dem Fall der Berliner Mauer, analysierten die ‚SPD-Experten‘:

„Die Überwindung der deutschen Spaltung hat . . . Deutschland und Europa sicherer gemacht. . . . Die Militärblocke verlieren ihre Funktion.“

Basierend auf dieser Einschätzung, forderte die SPD prompt die Ablösung der NATO zugunsten eines europäischen Sicherheitssystems, eine **‚drastische Reduzierung der Streitkräfte in Europa‘** sowie **‚einschneidende Einsparungen im Verteidigungshaushalt‘**. Im Wahlprogramm von 1990 heißt es dazu:

„Die SPD wird den ersten von ihr verantworteten gesamtdeutschen Verteidigungshaushalt um mindestens 9 Milliarden Mark reduzieren und ihn auf mittlere Sicht halbieren. . . . Einen . . . Teil (mindestens eine Milliarde) verwenden wir für die Länder der ‚Dritten Welt‘.“

Vier Jahre später mußte die SPD ihre Fehleinschätzung eingestehen. Von einer Einsparung im Verteidigungshaushalt war im Wahlprogramm von 1994 kein Wort mehr zu finden. Die SPD stellte lapidar fest: **„Das Ende des Kalten Krieges hat noch nicht den Weltfrieden gebracht.“**

Die gleiche SPD, die 1990 noch die Forderung nach einer Ablösung der **„Militärblocke“** erhoben hatte, sah die Sicherheit Deutschlands im Wahljahr 1994 in ganz besonderem Maße von der NATO abhängig:

„Stabilität und Sicherheit Deutschlands beruhen auf zwei Pfeilern: NATO und Europäische Union.“

Allerdings: ohne Vorbehalte durfte dieser Satz nicht stehenbleiben. Zur Befriedigung des linken Flügels in der SPD wurde der NATO wenigstens ein verbales Verfallsdatum verpaßt:

„Bis zur vollen Wirksamkeit eines gesamteuropäischen ‚Wirtschaftssystems‘ auf der Basis der KSZE nimmt die NATO in einem Prozeß des Überganges eine wichtige stabilisierende sicherheitspolitische Rolle wahr.“

So ganz wollten sich der glücklose Kanzlerkandidat Scharping und seine ideologischen Freunde offensichtlich nicht von der Wunschvorstellung von 1990 trennen. Immerhin hatte einer ihrer außenpolitischen Vordenker, der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, noch im Februar 1990 gefordert: **„Es ist geradezu anachronistisch, wenn vor allem Politiker der CDU/CSU fordern, ein vereintes Deutschland müsse in der NATO sein.“** (Sozialdemokratischer Pressedienst, 27. Februar 1990) Die Zeit ist sehr schnell über diese Forderung hinweggegangen.

Bocksprünge und Bauchlandungen: Die SPD und die Auslandseinsätze der Bundeswehr

Bereits zwei Jahre vor der deutschen Einheit begann die Diskussion um mögliche Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sie sollte erst sechs Jahre später mit dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe vom 12. Juli 1994 ihr Ende finden.

Am 20. August 1988 erklärte der damalige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, im Zusammenhang mit

einem Einsatz deutscher Polizeikräfte in Namibia, daß die SPD bei ihrem Nein zu einer Beteiligung an UNO-Friedenstruppen bleibe. In der Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 20. 8. 1988 heißt es weiter:

„Während es gegen die Entsendung von Polizisten keine Bedenken gebe, sei ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bündnisses verfassungsrechtlich unzulässig und außenpolitisch problematisch . . . Zur Haltung der SPD verwies Ehmke auf die Beschlüsse des jüngsten Parteitags in Münster. Dort habe eine überragende Mehrheit der Delegierten eine Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Friedenstruppen abgelehnt.“

Zwei Jahre später hatten sich die außen- und sicherheitspolitischen Parameter bereits drastisch gewandelt: Deutschland war wiedervereinigt, immer mehr Staaten Mittel- und Osteuropas sagten sich los von Kommunismus und Unterdrückung, dem Warschauer Pakt war nur noch eine Gnadenfrist von wenigen Monaten gegeben. Gleichzeitig wurde deutlich, daß damit nicht die Zeit des ewigen Friedens anbrach, sondern neue Krisen und Konflikte den Weltfrieden bedrohten: Der Golfkrieg stand vor der Tür, im zerfallenden Jugoslawien zeichneten sich dramatische Konflikte ab. Wie die SPD mit der Frage einer möglichen deutschen Beteiligung an internationalen Einsätzen umging, wird in einem Argumentationspapier der SPD-Bundestagsfraktion deutlich:

„Die Absage Deutschlands an eine militärische Beteiligung in Krisenregionen bedeutet nicht die Billigung von Völkerrechtsverletzungen. Die Embargo-Maßnahmen der UNO gegen Irak in der gegenwärtigen Krise am Golf sind richtig.“

Einige Zeilen weiter heißt es dann:

„Ohne den Schutz der heutigen Verfassungsbestimmungen würde dem Druck nach militärischem Engagement – ob innerhalb oder außerhalb eines UNO-Rahmens – schwerer zu widerstehen sein. Wir sollten diesen Schutz nicht leichtfertig aufgeben.“ (Frankfurter Rundschau vom 30. 11. 1990)

Das Grundgesetz also ein bequemer Schutz, hinter dem man sich nach Belieben verschanzen kann? Für die SPD offensichtlich ja, denn sie ließ keine Möglichkeit verstreichen, um festzustellen, daß jedweder Einsatz „out-of-area“, also außerhalb des NATO-Bündnisgebietes, verfassungswidrig sei – wohlgemerkt, ohne daß das Bundesverfassungsgericht als eigentliche Instanz hierzu ein Urteil gesprochen hätte. So stellte der SPD-Kanzlerkandidat von 1990, Oskar Lafontaine, im Rahmen eines Fernsehberichts fest:

„Die Frage stellt sich also für UNO-Einsätze, die ja überall in der Welt sein können. Und diese Frage ist in unserem Grundgesetz derzeit abschlägig beschieden, wie alle wissen.“ (ARD, 17. 8. 1990, Bericht aus Bonn)

Auch die Delegierten des SPD-Bundesparteitages in Münster 1991 maßten sich an, dem Bundesverfassungsgericht die Arbeit abzunehmen, als sie in einem Antrag beschlossen:

„Jeglicher militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Vertragsbereiches des Bündnisses ist verfassungsrechtlich unzulässig. . . . Selbst die Beteiligung der Bundeswehr an friedensichernden Aktionen der Vereinten Nationen würde eine Ergänzung der Verfassung erfordern. Wir lehnen eine solche Beteiligung ab.“ (dpa-Sonderdienst, UN-Einsätze für die Bundeswehr?, Teil II, S. 9, 13. 9. 1991)

Die Delegierten waren damals, wie der letzte Satz deutlich macht, entgegen der Positionen der SPD-Führung sogar gegen UN-Blauhelm-Einsätze deutscher Soldaten!

Wie zerstritten und konzeptionslos die SPD in der Frage nach den Bundeswehreinsätzen war, verdeutlichte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages, Hermann Scheer, am 3. Juli 1992 im „Sozialdemokratischen Pressedienst“. Und er hatte auch gleich die Schuldigen parat:

„Daß dennoch in der Öffentlichkeit Unklarheit über den SPD-Standpunkt herrscht, liegt allein daran, daß zwei außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion (Norbert Gansel, Karsten Voigt) sich in den letzten Tagen auch für bewaffnete Kampfeinsätze ausgesprochen haben . . . Dieser Vorgang ist unakzeptabel: Daß einerseits die SPD-Fraktion eine Position beschließt, die einen grundsätzlichen Auffassungsunterschied zur Bundesregierung und den Regierungsfractionen markiert – und daß andererseits die offiziellen Sprecher der SPD-Fraktion bei der öffentlichen Vermittlung dieser Position kundtun, daß sie selbst eigentlich derselben Auffassung sind wie die Bundesregierung.“

Mit dem furchtbaren Krieg im ehemaligen Jugoslawien verstrickte sich auch die SPD immer mehr in fürchterliche Widersprüche. Zum einen starben täglich unzählige Menschen, und die fundamentalsten Menschen- und Minderheitenrechte wurden in einer Art und Weise verletzt, wie wir sie niemals mehr auf dem europäischen Kontinent erwartet hätten. Zum anderen war da die Ideologie, der sich die SPD verschrieben hatte und die es durchzuhalten galt. Als die große außenpolitische Chefideologin erwies sich in dieser Zeit die stellvertretende SPD-Vorsitzende, Heidemarie Wiczorek-Zeul:

„Selbstverständlich war und ist die Beteiligung der Deutschen an den Awacs-Flügen verfassungswidrig. Deshalb klagen wir ja in Karlsruhe. Der NATO-Einsatz selbst war allerdings deshalb legitim, weil ihm eine UNO-Resolution zugrunde lag.“

SPIEGEL: *Wie kann etwas legitim sein, was verfassungswidrig ist?*

Wiczorek-Zeul: Der Einsatz war völkerrechtlich legitim. Die Frage der völkerrechtlichen Legitimität und die verfassungsrechtliche Situation der Bundesrepublik Deutschland haben nichts miteinander zu tun.

SPIEGEL: Und wie sieht es mit den Bündnisverpflichtungen der Deutschen aus?

Wieczorek-Zeul: Die SPD hat nicht zu verantworten, daß die UNO ein militärisches Verteidigungsbündnis wie die NATO sozusagen als Regionalorganisation mit militärischen Aufträgen versieht.“ (Spiegel, 10/1994)

So einfach war das also! Und welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden? Die Antwort blieb der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Günter Verheugen, nicht schuldig:

„Die einzige Möglichkeit, die sich abzeichnende Verfassungskrise zu vermeiden, besteht darin, daß die Bundesregierung auf den Einsatz von Bundeswehrangehörigen bei der Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina bis zur endgültigen Klärung der Verfassungslage verzichtet. Sollte das Verfassungsgericht die Bundesregierung zu diesem Verhalten nicht zwingen, muß es der Bundestag tun.“ (Presse-service der SPD, 213/93, 8. 4. 1993)

Gerade aus heutiger Sicht, mit unserer Kenntnis über den Kriegsverlauf, die Greuelthaten und die Tatsache, daß allein das harte militärische Durchgreifen der NATO dem Morden in Bosnien ein Ende setzte und die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zwang, wird die damalige unverantwortliche Haltung der SPD erst so richtig ersichtlich. Da erschreckt nicht einmal mehr der zynische Vorwurf, den der damalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose, an die Regierung richtete, als es um die Beteiligung deutscher Marineeinheiten an der Embargo-Überwachung in der Adria ging:

„Es entsteht der fatale Eindruck, daß die Bundesregierung unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, allein mit der Begründung, es handele sich um eine außenpolitische Notwendigkeit, die verfassungsrechtliche Grenze hin zur vollen Beteiligung von Bundeswehrein-

heiten an Kampfeinsätzen verschieben will. Das ist weder für die deutsche Öffentlichkeit noch für das Parlament, noch gar für die am Einsatz beteiligten Soldaten akzeptabel.“ (Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion 1922, 15. 7. 1992)

Am 12. Juli 1994 bereitete das Bundesverfassungsgericht dieser ungunstigen Diskussion mit seinem Grundsatzurteil zu Einsätzen der Bundeswehr „out-of-area“ ein definitives Ende, indem es diese Einsätze als grundgesetzkonform beurteilte. Um so peinlicher gestalteten sich dann die Versuche der SPD, das Grundsatzurteil, auf dessen Basis heute der SFOR-Einsatz in Bosnien-Herzegowina durchgeführt wird, als gloriosen Sieg der SPD-Politik darzustellen. Frau Wieczorek-Zeul und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Anke Fuchs, versuchten sogar, den Umstand, daß das Verfassungsgericht für die Zukunft eine Beteiligung des Deutschen Bundestages an Entscheidungen über „out-of-area“-Einsätze verlangt hatte, in verfälschender Weise zu interpretieren:

„Das Bundesverfassungsgericht wurde von der SPD angerufen, um verbindlich zu klären, ob die drei Auslandseinsätze der Bundeswehr (,Adria‘, ,AWACS‘, ,Somalia‘) verfassungsrechtlich zulässig sind. Das Gericht hat entschieden, daß die Entsendung deutscher Soldaten zur Teilnahme an diesen Missionen einen Verfassungsverstoß darstellt.“ (SPD-Bundestagsfraktion, Pressemitteilung 1615, 13. 7. 1994)

Sowohl vor als auch nach seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden tat sich Lafontaine dadurch hervor, für Deutschland eine internationale Sonderrolle zu reklamieren und beispielsweise für UNO- und NATO-Einsätze in Bosnien-Herzegowina die Unterstützung durch deutsche ECR-Tornados zu verweigern. So erklärte Lafontaine:

„Für mich steht im Zentrum jeder linken Politik die Wahrung der Menschenwürde. Militärische Kampfeinsätze dienen diesem Ziel nicht. Unter Bomben und Maschinengewehrsalven wächst kein Frieden, sondern neue Gewalt. . . . Die Diskussion

über Tornado-Kampfeinsätze ist ohne Grundlage.“ (Spiegel, 20. 3. 1995)

Eineinhalb Jahre später muß Lafontaine dann einsehen: „**Der IFOR-Einsatz in Bosnien war ein Erfolg: Die kriegerischen Auseinandersetzungen, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung gelitten hat, sind beendet.**“ (Presseservice der SPD, 6. 11. 1996) Damit rühmt Lafontaine das Ergebnis einer Politik, die gegen ihn durchgesetzt werden mußte.

Nur nicht auffallen – Außenpolitik auf dem sozialdemokratischen Abstellgleis

Das Hamburger Abendblatt titelte am 10. 4. 1997: „**Sozialdemokraten und die Außenpolitik – null Interesse**“. Für Bernd Faulenbach, Historiker an der Universität Bochum und Mitglied der Historischen Kommission der SPD, war die Abwahl Verheugens aus dem Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion „**symptomatisch für die Bedeutungslosigkeit der Außenpolitik in der Sozialdemokratie**“. Er mahnte daher seine Partei auch, nicht ins Provinzielle abzugleiten: „**Sie [die SPD] muß ein bißchen über den Tellerrand hinaussehen.**“ (Hamburger Abendblatt, 10. 4. 1997)

Das Ziel der SPD ist in der Außenpolitik derzeit offensichtlich Schadensbegrenzung. Für eine Partei, die durch außen- und sicherheitspolitische Totalausfälle in ihrer politischen Vergangenheit so gezeichnet ist wie die SPD ist es verständlich, daß sie sich aus der Gestaltung von Außenpolitik verabschiedet. Profillos daherstolpernd, bemüht sich die SPD, zumindest den Abstand zur außenpolitisch gestaltenden Kraft in Deutschland, der CDU, nicht weiter anwachsen zu lassen. In Hannover setzte die SPD zum Versuch an, ihre außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen allmählich an den weltpolitischen Gegebenheiten zu orientieren.

Begrüßenswert ist, daß die SPD ihre grundsätzlichen Bedenken gegen Bundeswehreinmärsche unter UN-Mandat auch gegen den Willen von Konfliktparteien fallen gelassen hat.

Die Debatte, in der vom linken Parteiflügel dieses Vorhaben als **„Öffnung hin zu kriegerischen Interventionen außerhalb des Nato-Gebietes“** interpretiert wurde, ist jedoch nicht geeignet, Zweifel am außenpolitischen Realismus der SPD und ihrer Bereitschaft, Deutschland außenpolitische Verantwortung tragen zu lassen, auszuräumen. Das gilt insbesondere auch für die Einlassung des SPD-Außenpolitikers Günter Verheugen auf dem Parteitag, **„daß die SPD einem Bundeswehreinmarsch bei einer Situation wie dem Golf-Krieg oder wie in Somalia nach wie vor nicht zustimmen würde“**. (Frankfurter Rundschau, 4. 12. 1997)

Nicht ohne Grund kommentierte die Süddeutsche Zeitung auch die Positionierung der SPD auf ihrem Parteitag zur Bundeswehr: **„Wie sieht die Zukunft der Bundeswehr aus? Die SPD drückt sich vor einer klaren Aussage.“** (Süddeutsche Zeitung, 4. 12. 1997)

Die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD in den 80er und 90er Jahren ist gekennzeichnet durch eine Serie eklatanter Fehleinschätzungen und ideologisch geprägter Positionen. Einen Ausblick darauf, welchen außenpolitischen Schaden die SPD damit anrichtet, führt beispielhaft ein Artikel der Stuttgarter Zeitung vom 9. 1. 1998 unter dem Titel: „Ist Polen für die SPD schon verloren? Die Bürger des Nachbarlandes fürchten einen Machtwechsel in Bonn“ vor Augen. Dort wird u. a. berichtet, daß SPD-Politiker im letzten Jahr polnische Journalisten getroffen hätten, um das Image der Partei aufzubessern. Weiter zitiert der Bericht:

„Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Unter einem US-Präsidenten Lafontaine wäre Kuwait heute irakisch‘ schrieb die liberale Wochenzeitung Tygodnik Powszechny anschließend über Lafontaines Pazifismusanleihen während des Golfkrieges. . . . Vor die Wahl gestellt zwischen dem Altpolnischen Kohl und einem frisch zur Nato bekehrten Lafontaine würden auch viele polnische Linke den Pfälzer vorziehen . . .“

Gerade in Zeiten tiefgreifenden Wandels muß die Außenpolitik durch Verläßlichkeit und Stabilität geprägt sein. An beidem mangelt es der SPD in erheblichem Maße. In zentralen Fragen deutscher Politik hat sich die SPD immer wieder korrigieren müssen. Ein linkes Regierungsbündnis aus SPD, Grünen und PDS würde Deutschland unermeßlichen außenpolitischen Schaden zufügen.